Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. “Die Logik der Abschreckung greift offenbar nicht”
2. »Wiederaufstieg des Westens?«
3. PR-Agenturen und Freiwillige unterstützen die Ukraine im Medienkrieg
4. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen in Deutschland: Positionierung zur ausgerufenen Zeitenwende
5. Was für ein Durcheinander: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ja, die allgemeine Impfpflicht möglicherweise ja, aber vielleicht nur etwas oder ganz bestimmt auch nicht
6. Realismus statt Alarmismus
7. “Das Paket ist eines Sozialstaates unwürdig”
8. Verkehrskosten bremsen – Mobilität neu denken!
9. Rechnungshof zerpflückt die Klimapolitik der Bundesregierung
10. Wie Schiffe ungestraft Öl im Meer entsorgen
11. Höhere Löhne müssen sein
12. Ein Warnstreik lähmt die deutsche Luftfahrt
13. Parteienverbot in Ukraine widerspricht Grundprinzipien der Menschenrechtskonvention des Europarats
14. Milliardäre greifen in den französischen Wahlkampf ein

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **“Die Logik der Abschreckung greift offenbar nicht”**
   Der Soziologe Klaus Dörre über den Appell gegen die Hochrüstung der Bundeswehr und wie Sicherheit anders möglich wäre […]
   Die Bundesregierung will mehr Geld für Rüstung ausgeben und argumentiert mit mehr

Sicherheit. Sie wenden sich mit dem Aufruf dagegen – mit welchen Argumenten?
Klaus Dörre: Die Unterzeichnenden sind sich in drei Punkten einig: Erstens ist der Angriffskrieg gegen die Ukraine durch nichts zu rechtfertigen. Die Waffen müssen schweigen, die russische Armee muss die Ukraine verlassen, je eher, desto besser. Davon zu trennen ist zweitens ein Sondervermögen Militär, das im Grundgesetz verankert wird. Das wird der Ukraine nichts nützen, kein Euro-Cent wird der Ukraine zugutekommen. Diese Maßnahme ist mit dem Ukraine-Krieg nicht zu rechtfertigen und bedeutet ökologisch und sozial strukturelle Nicht-Nachhaltigkeit.
Drittens schließlich: Eine solch weitreichende Entscheidung darf nicht von oben verordnet werden. Wir brauchen dazu eine breite gesellschaftliche Diskussion.
Sie lehnen im Namen der Demokratie die Pläne der Bundesregierung ab. Welche Konsequenzen hätten diese für die Gesellschaft in Deutschland?
Klaus Dörre: Nehmen Sie nur das Beispiel Klimawandel. Die Zeitpolster für wirksame Gegenmaßnahmen schrumpfen. Der UN-Generalsekretär António Guterres spricht von kriminellem Versagen der Staatengemeinschaft bei wirksamen Gegenmaßnahmen. Nun drohen Krieg und Aufrüstung die Klimaziele zu torpedieren. Das ist fatal. Genauso fatal ist die Preisentwicklung, die vor allem die kleinen Geldbörsen belastet. Geld, das für Rüstung ausgegeben wird, ist strukturell nicht nachhaltig. Das müssen wir klar sehen und benennen.
Quelle: Telepolis

2. **»Wiederaufstieg des Westens?«**
Erschreckend, was sich zurzeit in der Ukraine ereignet. Erschreckend auch, dass der Mann, Wladimir Putin, der, seit er als Präsident Russlands angetreten ist, die Einhaltung der Völkerordnung durch die USA anmahnte, diese Ordnung mit dem Einmarschbefehl in die Ukraine jetzt selbst krass in Frage stellt. Das hat alle Freunde Russlands, den Autor dieses Textes eingeschlossen, hart überrascht, die noch Verhandlungsspielraum im Konflikt um die Ukraine gesehen hatten.
Nicht minder erschreckend ist, wie unverhältnismäßig und verlogen der Westen auf diese Wendung der Ereignisse reagiert: mit einer ideologischen Mobilisierung und Aufrüstung gegen Russland, die die eigene Verantwortung für die Entstehung dieser Situation vollkommen leugnet und hart an die Grenzen einer internationalen Ausweitung des lokalen Krieges führt. So etwas hat man bei Grenzübertretungen seitens anderer Mächte in der jüngeren Vergangenheit, etwa der Nato in Jugoslawien oder der USA im Irak, nicht erlebt.
Und dennoch: Mit Mitleid für die ukrainische Bevölkerung, die diesen Krieg zu ertragen hat, mit Empörung über den Bruch des Völkerrechtes durch Putin, der jetzt sein »wahres Gesicht« zeige, auch mit bigotter Genugtuung, dass der Westen nun einen »Wiederaufstieg« erlebe, ist es nicht getan. Die Frage stellt sich über die

Lagerbildung hinaus: Wem nützt dieser ganze Vorgang?
Quelle: Kai Ehlers auf Ossietzky

3. **PR-Agenturen und Freiwillige unterstützen die Ukraine im Medienkrieg**
   Es ist ganz offensichtlich, dass die Ukraine zumindest im Westen die Medienberichterstattung und die sozialen Medien beherrscht, während Russland sich schwer tut, außerhalb des Landes im Medien- und Informationskrieg eine effektive Rolle zu spielen, obgleich seit Jahren die Angst vor den russischen Desinformationskampagnen geschürt wurde.
   Russische Sender wie RT oder Sputnik wurden im Westen verboten, man ist eher auf Telegram als auf Instagram, Twitter oder Facebook unterwegs. Seit kurzem sind Instagram und Facebook in Russland nicht mehr zugänglich, weil sie „extremistische Informationen" verbreiten, teilweise auch Google News. Dagegen bombardiert die ukrainische Regierung mitsamt Behörden, dem Parlament, den Geheimdiensten, Freiwilligenverbänden wie Asow oder Rechter Sektor und Medien über die sozialen Medien die Öffentlichkeit im Land und im Ausland ziemlich erfolgreich.
   Die verbreiteten Informationen, Bilder und Videos, in aller Regel strategische Kommunikation oder PsyOP, informieren in aller Regel nicht wahrheitsgemäß, sondern einseitig. In den sozialen Medien wird vor allem Propaganda über den heroischen und siegreichen Kampf der ukrainischen Truppen und Menschen sowie über die angeblich großen Verluste der russischen Truppen, die angeblich gezielten Angriffe auf Zivilisten und zivile Strukturen, den Kampf zwischen der Freiheit und dem Reich des Bösen. Mangels eigener Berichterstatter vor Ort in den umkämpften Gebieten und auch oft wegen einer Parteinahme der westlichen Medien werden eher Informationen der ukrainischen Seite verbreitet, auch wenn man gelegentlich sagt, dass sich die Wahrheit nicht unabhängig nachprüfen lassen. Die von russischer Seite kommenden Informationen werden meist nicht aufgegriffen und oft als Desinformation abgewertet.
   Quelle: Krass & Konkret
4. **Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen in Deutschland: Positionierung zur ausgerufenen Zeitenwende**
   Mit massiver militärischer Gewalt führt Russland seit dem 24. Februar einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Menschen sterben, werden verletzt und traumatisiert. Menschen verlieren ihre Familie, Freund*innen und Nachbar*innen. Sie verlassen ihre Häuser und Wohnungen und fliehen zu Hunderttausenden vor der Gewalt der Gegenwart in eine ungewisse Zukunft. Häufig ohne zu wissen, wo sie die nächsten Tage, Wochen und Monate verbringen werden. In Sorge um ihre Nahestehenden und Lieben. In Ungewissheit auch darüber, ob sie jemals wieder in ihre Dörfer und Städte zurückkehren können und was von diesen nach dem Krieg noch übrig ist. Nichts rechtfertigt dieses Leid, nichts rechtfertigt diesen Krieg. Unser

Mitgefühl gilt all jenen, die nun bangen müssen, deren Leben nun nicht mehr das gleiche ist – in der Ukraine, in Russland und in allen Gebieten, die noch in Mitleidenschaft gezogen werden. Unsere Solidarität gilt auch all jenen, die sich in Russland gegen diesen Krieg wenden und die mit öffentlichen Äußerungen erhebliche staatliche Repressionen riskieren. Wir sind zutiefst beschämt darüber, dass wir, die Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschlands, über die Energieimporte diesen Krieg gegen die Ukraine mitfinanzieren. Es wäre vermeidbar gewesen. Durch die politischen Vorgaben und Blockaden beim Ausbau der Erneuerbaren Energien seit 2012 und die Ignoranz gegenüber der Notwendigkeit, den Verbrauch von Gas, Öl und Kohle zu reduzieren, konnten fossile und atomare Energien zu strategischen Mitteln des Krieges werden.
Quelle: Der Paritätische / BUND [PDF]

Anmerkung Albrecht Müller: *Etwas differenzierter wäre glaubwürdiger.*

5. **Was für ein Durcheinander: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ja, die allgemeine Impfpflicht möglicherweise ja, aber vielleicht nur etwas oder ganz bestimmt auch nicht**
Mit der heutigen Anhörung wurde man erneut Zeuge dessen, was viele Menschen in unserem Land als Durcheinander, Lähmung, Nicht-Funktionieren, Stillstand, Blockade oder sinnbefreite Aktivitätssimulation wahrnehmen und sie zwischen Ermüdung bis hin zu Wutausbrüchen zurück und alleine lässt. Selbst professionellen Beobachtern der politischen Szenerie ist nicht mehr wirklich klar, wem es um was genau wann und in welcher Form geht. Und das ist der Tod jeder halbwegs kollektiven Bewältigungspolitik einer Krise, die allerdings von den einen bereits als beendet erklärt wurde, von den anderen hingegen mit Blick auf die vor uns liegenden (ja, kein Schreibfehler) Jahre verstetigt wird: dem Corona-Virus und seinen Schneisen, die von diesem Virus in die Gesellschaft geschlagen wurden (und möglicherweise noch werden).
Vor diesem unerfreulichen Hintergrund ist es mehr als verständlich, wenn viele nach der einen großen Lösung suchen, auf einen Befreiungsschlag hoffen, mit dessen Hilfe man wieder zurückkehren kann. In das alte Leben, was aber nach bald mehr als zwei Jahren Dauer-Ausnahmezustand nur schwer, eher gar nicht aus der Vergangenheit geholt und erneut „wie früher“ angeworfen werden kann. Und wo man dann die vergangenen zwei Corona-Jahre wegwischen kann wie eine dieser vielen Infos und Bilder, mit denen in den heutigen Zeiten die Bildschirme der Computer und Smartphones geflutet werden.
Und in diesem Kontext passt die Impfung gegen das Virus, denn damit sind

Verheißungen verbunden (gewesen?), die auf ein Ende der individuellen wie gesellschaftlichen Einschränkungen hoffen lassen. Jedenfalls wurde uns das suggeriert und viele haben das auch geglaubt und tun das weiterhin. Eine, zwei, mittlerweile drei (oder auch schon vier) Impfungen gegen dieses Virus – und wir bekommen das alles in den Griff.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

6. **Realismus statt Alarmismus**
   Die Stimmung ist aufgeheizt. Zwischen den Lagern der Befürworter der staatlichen Pandemie-Politik und den Kritikern ist ein tiefer Graben aufgebrochen. In der Frage der Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht stehen sie sich feindlich gegenüber. Die Argumente handeln nicht hauptsächlich von der Sache. Von der einen Seite werden die Demokratie und die Verfassung in Frage gestellt, während die andere Seite glaubt, den Staat vor Faschisten schützen zu müssen. Übertreibung und hysterische Stimmungsmache ist an der Tagesordnung. Die folgende Darstellung versucht, zu einer nüchternen Betrachtung der Pandemie-Politik beizutragen.
   Quelle: Hintergrund
7. **“Das Paket ist eines Sozialstaates unwürdig”**
   Die Preise für Strom, Gas und Sprit steigen. Die Regierung will die Bürger entlasten und verkündet entsprechende Maßnahmen. Doch Sozialverbände üben Kritik: Das Geld komme nicht da an, wo es gebraucht werde.
   Die Lage war ohnehin angespannt, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Situation nochmals deutlich verschärft: Die Preise für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität steigen erheblich.
   Für die Regierung geht es nun darum, unabhängiger von russischem Öl und Gas zu werden – doch ganz akut auch darum, die Bürgerinnen und Bürger von den stark steigenden Preisen zu entlasten. Innerhalb von nur vier Wochen hat die Koalition deshalb ein zweites Entlastungspaket aufgelegt: Die neuen Maßnahmen sollen die durch die gestiegenen Energiekosten entstehenden “echten Härten” für die Bürger “abfedern” – so heißt es im entsprechenden Papier.
   Wie gut gelingt das mit diesem Paket? Und kommt das Geld bei den Richtigen an? Sozialverbände üben im Gespräch mit t-online heftige Kritik. Gerade für die in der Gesellschaft, die am dringendsten Hilfe bräuchten, habe das Paket nur wenig zu bieten.
   Quelle: t-online
8. **Verkehrskosten bremsen – Mobilität neu denken!**
   Der Verkehrssektor verursacht noch immer viele Emissionen. Gleichzeitig leiden viele Menschen unter hohen Mobilitätskosten. Die Ampel hat nun weitere Entlastungen vereinbart. Das ist wichtig. Grundsätzlich muss es um eine echte Mobilitätswende

gehen. Das #schlaglicht 11/2022 aus Niedersachsen zeigt konkrete Optionen für Bund und Land auf.
Für eine moderne Gesellschaft ist Mobilität nicht nur ökonomisch wichtig, sondern auch ein Grundbedürfnis. Ohne sie können Menschen nicht am Berufsleben teilnehmen, soziale Kontakte pflegen sowie Bildung, Kultur und Erholung in Anspruch nehmen. In einer Demokratie muss Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge daher für alle gleichermaßen möglich sein. Neben der notwendigen Infrastruktur und Verkehrswirtschaft gehören deshalb auch erschwingliche Kosten zwingend dazu. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

9. **Rechnungshof zerpflückt die Klimapolitik der Bundesregierung**
Weitgehend unwirksam, weitgehend unkoordiniert: Der Rechnungshof zieht eine vernichtende Bilanz der Klimapolitik der Regierung. Durch schädliche Subventionen konterkariere der Bund gar seine eigenen Ziele.
In einem Sonderbericht zur Steuerung des Klimaschutzes hinterfragt der Bundesrechnungshof die deutsche Klimapolitik – und kritisiert sie in weiten Teilen als wirkungslos.
Sämtliche Klimaschutzmaßnahmen müssten umgehend auf den Prüfstand, heißt es in dem Bericht, eine Neuausrichtung sei dringend geboten. Konkret bemängeln die Prüfer, dass Milliardenbeträge für nicht oder nur wenig wirksame Programme ausgegeben würden. Die Steuerung und Koordinierung sei mangelhaft.
Quelle: DER SPIEGEL
10. **Wie Schiffe ungestraft Öl im Meer entsorgen**
Tausende Schiffe verschmutzen die Weltmeere mit ölhaltigem Abwasser. Auf hoher See bleiben diese Vergehen meist unentdeckt – mit dramatischen Folgen für die Umwelt. Eine DW-Recherche.
“Anfangs hat es mich belastet”, erzählt der junge Schiffsingenieur der DW. Mehrfach hat er miterlebt, wie ölverschmutztes Wasser von seinem Schiff direkt ins Meer gepumpt wurde. Dass das illegal ist, hat er auf der Marineschule gelernt. Doch auf hoher See schere sich kaum jemand um diese Regeln, berichtet der Seemann über eine instabile Telefonleitung.
Wir erreichen ihn Tausende Kilometer von Berlin entfernt. Er bittet uns darum, seine Identität aus Sicherheitsgründen geheim zu halten. Ebenso den Namen des großen Tankschiffs, auf dem er zur See fährt.
Wenn illegal ölhaltiges Wasser ins Meer abgelassen werde, dann meistens im Schutz der Dunkelheit, erzählt er. Das passiere regelmäßig. “Inzwischen habe ich mich damit abgefunden, so traurig das auch ist”, sagt er mit leiser Stimme. Als junges Crewmitglied riskiere er seinen Job, wenn er sich gegen seine Vorgesetzten auflehne.

Quelle: DW

11. **Höhere Löhne müssen sein**
Wegen der Teuerung fordern Gewerkschafter zu Recht starke Lohnerhöhungen. Die Angst, sie könnten damit die Inflation weiter anheizen, ist unbegründet. (…)
Gute Gründe für etwas mehr Geld gibt es derzeit allemal. Die Löhne sind in den letzten Jahren nur schwach gestiegen, auch deshalb reißt die Inflation jetzt so große Löcher in die Geldbeutel. Viele Unternehmen stehen trotz Krise und Unsicherheit noch immer sehr gut da, gerade in der Chemie. Außerdem: Die Arbeitgeber betonen gerne die funktionierende "Sozialpartnerschaft" in Deutschland – gemeint ist damit die Fähigkeit, zusammen mit den Gewerkschaften und ohne staatliche Einmischung für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Nun können sie beweisen, dass das auch in Kriegs- und Krisenzeiten gilt – indem sie Entlastungen für ihre Beschäftigten nicht allein auf die Politik abwälzen.
Quelle: Süddeutsche
12. **Ein Warnstreik lähmt die deutsche Luftfahrt**
Hunderte Flüge ausgefallen, Zehntausende Reisepläne durchkreuzt: Der Ausstand an Sicherheitskontrollen hat große Folgen. Der Ruf nach einem Eingreifen des Staats wird laut. […]
Im Tarifkonflikt für die Sicherheitskräfte waren vier Verhandlungsrunden der Gewerkschaft Verdi mit dem Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) ohne Einigung geblieben. An diesem Dienstag ließ Verdi nicht nur in Frankfurt Beschäftigte in den Warnstreik treten, sondern auch an acht weiteren Airports. Der Hamburger Flughafen teilte mit, dass auch dort keine Abflüge möglich seien, in Düsseldorf fielen 140 von 260 geplanten Abflügen und Ankünften aus, in Köln 73 von 123, in Berlin wurden rund 100 von 150 Starts gestrichen.
Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft beklagte eine „unverhältnismäßige flächendeckende Lahmlegung" des Flugverkehrs, damit „verlässt Verdi die Grundlage einer verantwortungsvollen Tarif- und Arbeitskampfpolitik", sagte BDL-Hauptgeschäftsführer Matthias von Randow. Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände beklagte einen „massiven Schaden für die Volkswirtschaft", die Mobilität Zehntausender Reisender und der Güterverkehr sei eingeschränkt. Der Ausstand könne nicht mehr als Warnstreik bezeichnet werden.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Knappheit führt zu höheren Preisen, hier: zu höheren Löhnen, und diese marktwirtschaftliche Entwicklung müsste der FAZ doch gefallen. Aber die Arbeitgeberseite spricht – natürlich – von "Geiselhaft" für die Reisenden, nachdem Ver.di nach 4 (!!!) ergebnislosen Verhandlungen eintägige*

Warnstreiks ausgerufen hat, und die FAZ fordert gleich staatliche Eingriffe, also z. B. Streikverbote, "natürlich" zulasten der Arbeitnehmer. Warum wird eigentlich der "Einigungswillen", d. h. die Bereitschaft zur Unterordnung, immer auf Arbeitnehmerseite gefordert? Am allerpeinlichsten ist der Hinweis auf die deutlich niedrigeren Löhne für die Vorfeld-Beschäftigten, deren Armutslöhne wirklich jeder Beschreibung spotten. Und das ganze "natürlich" zusammengemixt mit der üblichen Unsinnsbehauptung vom "Fachkräftemangel" – warum bekommt man keine Arbeitskräfte, und wie könnte man die Situation verbessern? Vielleicht spielt Geld dabei eine ganz entscheidende Rolle?

13. **Parteienverbot in Ukraine widerspricht Grundprinzipien der Menschenrechtskonvention des Europarats**
„Das Verbot von elf Oppositionsparteien in der Ukraine, darunter die ‚Union linker Kräfte' und die ‚Oppositionsplattform für das Leben', widerspricht grundlegenden Prinzipen der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats wie auch die per Präsidialdekret verfügte Gleichschaltung der Medien", erklärt Andrej Hunko, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, zum Verbot von insgesamt elf Parteien durch die Selenskyj-Regierung in der Ukraine.
Sevim Dagdelen, stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, ergänzt: „Durch den Ausschluss einer Vertretung gerade der Menschen in den östlichen und südöstlichen Landesteilen der Ukraine, in denen die Partei ‚Oppositionsplattform für das Leben' bis zu 50 Prozent der Stimmen erzielt hat, verlieren die Menschen dort die Möglichkeit demokratischer Repräsentation. Mit Parteienverboten einem großen Teil der Bevölkerung die Stimme entziehen zu wollen, ist nicht nur eine Verletzung der Vorgaben der Venedig-Kommission, sondern auch generell eine Absage an Demokratie und freie Wahlen. Diese Fehlentscheidung muss dringend korrigiert werden."
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag
14. **Milliardäre greifen in den französischen Wahlkampf ein**
Spenden dürfen Milliardäre nur wenig. Deshalb kaufen sie grosse Print- und TV-Medien auf. Es profitiert auch Rechtsaussen Zemmour.
Es gibt kein einziges Wahlplakat mit seinem Gesicht oder Namen. Er hält keine Reden. Er steht nicht einmal auf der Wahlliste. Emmanuel Macrons womöglich grösster Rivale im kommenden Präsidentschaftsrennen ist kein Gegenkandidat. Die New York Times hat Vincent Bolloré als grössten Gegner ausgemacht. Sie nennt ihn Frankreichs ureigenen Rupert Murdoch.
Quelle: Infosperber

dazu auch: **Sozialkürzungen, Steuergeschenke für Reiche und Massenproteste: Macron könnte dennoch wieder Präsident werden**
Am 10. April wird in Frankreich gewählt. Emmanuel Macron hat gute Chancen auf eine zweite Amtszeit als französischer Präsident. Trotz den Massenprotesten der Gelbwesten und Generalstreiks gegen Pensionskürzungen hat Macron wieder an Fahrwasser gewonnen. Vor allem die Corona-Krise und der Ukrainekrieg nützen dem umstrittenen Präsidenten. Eine kritische Bilanz seiner Präsidentschaft.
Zuletzt ging es aufwärts für Emmanuel Macron. Wenn der Präsident eines kann, dann Krieg: „Krieg“ gegen Corona und „Krieg“ gegen den Terrorismus hatte er zu Krisenzeiten angekündigt. Jetzt, da Krieg in Europa herrscht, ist wieder seine Stunde gekommen. Als Präsident einer Atommacht hat Macron von allen EU-Ländern eine besondere Rolle. Dass der französische Staatschef sich vor und nach den Telefonaten mit Putin im Februar in dramatischen Posen fotografieren ließ, sorgte im Netz zwar für viel Spott, verfehlt aber dennoch nicht die Gesamtwirkung. Bis zum 24. Februar, also vor Kriegsbeginn, dümpelte Macron, der für die Präsidentschaftswahlen im April ein zweites Mal antritt, zwischen 24 und 25 Prozent, danach stieg seine Beliebtheit schlagartig: Anfang März lag er bei 31 Prozent der Stimmen. Denn das traut man dem Präsidenten zu: Auf der großen Weltbühne verhandeln, Frankreichs Interessen global vertreten, staatsmännisch zu sein.
Quelle: kontrast.at